Volksblatt
für
den deutschen Verein im Netzgau.

Das Volksblatt erscheint wöchentlich einmal Sonnabends. Der jährliche Pränumerations-Preis beträgt für Einheimische 1 Thlr. 15 Sgr., für Auswärtige 2 Thlr. Einsendungen von Mitarbeitern sind unfrankirt, anderweitige Einsendungen portofrei an die Redaction zu richten. — Die Insertionen werden von der Gruenauer'schen Buchdruckerei in Bromberg angenommen und berechnet. Der Preis für die Spaltzeile beträgt 1 Sgr. 6 Pf. Für die Insertionen Auswärtiger wird der Betrag durch Postvorschuß erhoben. Bestellungen auf das Volksblatt werden bei allen Postanstalten angenommen.

№ 2. Bromberg, Sonnabend den 13. Januar **1849.**

Deutsche Namen für deutsche Orte.

Wir haben in dem verflossenen Jahre die Erfahrung machen müssen, daß man bisher in der Welt von unserer Provinz wenig Notiz genommen hatte, über ihre Geschichte und Statistik in großer Unkenntniß war und namentlich von dem Verhältniß der beiden Nationalitäten höchst unklare Vorstellungen besaß.

Man meinte, dies sei ein polnisches Land, in welchem Deutsche, wenn auch zahlreich, doch zerstreut unter den Polen wohnten, deren Schicksal sie auch nothwendig theilen müßten. Man dachte nicht, daß es in dieser Provinz ganze Ortschaften, ja ganze Striche giebt, wo sich das Verhältniß völlig umkehrt, dergestalt, daß Polen daselbst unter Deutschen wohnen. Wir müssen allerdings zugeben, daß wenn es überhaupt schwer ist, aus Büchern und Landkarten eine anschauliche Vorstellung von den Zuständen eines Landes, namentlich, wo gemischte Nationalitäten sind, zu gewinnen, dies besonders bei uns eintreffen muß. Konnte die Betrachtung einer Karte der Provinz anders als eine Quelle der Täuschung werden? Auf derselben findet man ja fast nur polnische Ortsnamen, insbesondere, was die Ortschaften des platten Landes anbetrifft; Namen, gegen die sich der deutsche Mund und die deutsche Feder sträuben, und die deshalb sowohl in der Aussprache, wie in der Schrift so häufig verunstaltet werden, z. B. Działy, Przylubie, Chodziesen, Drzewianowo, Wierzchucin, Brzyskorzystewko, Strzelno, Dzwierchno.

Wenn die Polen, die in den Orten wohnen, dieselben mit diesen Namen bezeichnen, so ist dies ganz in der Ordnung. Daß aber die deutschen Bewohner auch von diesen unaussprechlichen Namen nicht lassen können, ja mit unsäglicher Mühe die Aussprache und Orthographie treulich beibehalten, das sollte man kaum für denkbar halten, wenn es nicht zugleich eine Probe deutscher Gutmüthigkeit wäre.

Es ist gewiß eins der ersten Gesetze der Sittlichkeit, daß man nicht falsch Zeugniß wider sich selber rede. Das haben wir Deutsche in dieser Provinz gethan, so fern wir unsern Städten und Dörfern polnische Namen theils gelassen, theils sogar neu gegeben, ja was noch mehr, wenn polnische Formen mit deutschen zugleich im Gange waren, jenen den Vorrang gestattet haben.

So z. B. sind beide Formen: Wongrowice und Wongrowitz vorhanden, aber diese letzte wird bis jetzt verschmäht. Warum haben wir nicht wenigstens Lischkowo statt Liszkowo und Strelno statt Strzelno geschrieben? Nein! eine übertriebene Gewissenhaftigkeit, oder vielleicht die ächt deutsche Gründlichkeit, welche sich etwas damit wußte, den fremden Namen richtig schreiben zu können, hat die von uns vorgefundenen Namen auch in ihren Buchstaben geschützt.

Das ist in der That eine große Gleichgültigkeit gegen unsere Sprache, eine wahre Verläugnung unserer Nationalität.

Muß es schon lächerlich gefunden werden, wenn deutsche Handwerker, Künstler oder Kaufleute mitten in Deutschland sich mit französischen Inschriften ankündigen, wie dies leider zu unserer Schande in kleinen und großen Städten Deutschlands gefunden wird,*) so ist es völlig unnatürlich und unpatriotisch, wenn Orte, die von Deutschen bewohnt sind, polnische Namen tragen.

Unsere Vorfahren sind in dieser Hinsicht praktischer gewesen, wie die Namen „Nakel, Lobsens, Schwetz, Thorn, Schubin" und viele andere beweisen, von de-

---

*) Auch in Bromberg giebt es ein Café national, obwohl die französische Nation hier keines Kaffeehauses bedarf.

nen manche in der polnischen Zwischenzeit wieder verschwunden sind. In der Periode der deutschen Ritter sagte man Orlau für Orłowo, Gnebkau für Gniewkowo, Lesslau für Inowracław, Bartschen für Barcin, Morin für Murzynno.

Wäre es nicht billig und recht diese Namen wieder herzustellen?

Wir richten daher an alle diejenigen, welche im Besitze alter Urkunden, Schriften, Bücher oder Karten sind, die sich auf unsere Provinz beziehen, die dringende Bitte, uns an der für den vorliegenden Zweck gemachten oder zu machenden Ausbeute Theil nehmen zu lassen.

Vor einiger Zeit hat der Name Koronowo auf höhere Anordnung dem älteren „Polnisch Krone" wieder weichen müssen; das ist ganz unserm Sinne gemäß, obwohl wir doch lieber die Bezeichnung Krone an der Brahe oder Preußisch Krone vorziehen möchten.

Es versteht sich von selbst, daß man sich hüten muß mit den bisher gebräuchlichen Namen eine solche Veränderung vorzunehmen, durch welche sie unkenntlich gemacht werden könnten. Aber so viel kann man doch abnehmen oder hinzufügen, daß die Namen ein deutsches Ansehen und einen deutschen Klang erhalten. Was kann uns abhalten Schelle für Cielle, Scherske für Czersk, Scharnikau für Czarnikau, (was weder deutsch noch polnisch ist) Ostrau für Ostrowo, Grabow (mit stummen w) statt Grabowo, Otterau für Oltrowo, Nischwitz für Nieszewice zu schreiben?

Es wird aber nicht fehlen, daß einzelne ängstliche Gemüther unter uns an dieser Maßregel Anstoß nehmen. Einige werden meinen, die Sache sei viel zu unbedeutend, als daß man davon viel Aufhebens machen sollte; Andere werden an der Ausführbarkeit zweifeln. Andere werden sogar Bedenken gegen unsere Berechtigung zu einem solchen Schritte haben und aus diesem Grunde besorgen, daß damit eine neue Quelle von Beschwerden der Polen über die Deutschen eröffnet werden möchte.

Abgesehn davon, daß wir auf den Beifall der Polen in *keinem* Stücke rechnen dürfen, so werden sie uns doch muthmaßlich dasselbe Recht zugestehen müssen, dessen sie sich selber bedienen und welches wir ihnen zu verkümmern keineswegs gesonnen sind. So gut wie sie Bydgoszcz, wir aber *Bromberg* schreiben; so gut für viele, ja wohl für die meisten Städte in Westpreußen und in der Provinz Posen zwei Namen vorhanden sind, ein deutscher und ein polnischer, — eben so gut können wir da, wo dies noch nicht Statt findet, nachhelfen.*)

Daß die Sache ausführbar sei, liegt am Tage; wie sind denn alle die deutschen Namen entstanden, welche wir in der Provinz, namentlich in den westlichen Kreisen: Schwerin, Meseritz u. s. w. bereits haben? Sollten wir in dieser Sache, zu welcher nicht einmal große Energie gehört, weniger leisten können, als unsere Vorfahren? Oder sollte das deutsche Phlegma in dem verflossenen Jahre noch nicht genug aufgerüttelt sein?

Was die Bedeutsamkeit und Wichtigkeit des empfohlenen Verfahrens anbetrifft, so sagen wir weiter nichts, als daß darin ganz gewiß ein höherer Ernst liegt, als in der Aufsteckung einer Cocarde!*)

Gr.

(Forsetzung folgt.)

*) Wir dürfen bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, daß die Polen zur Zeit ihrer Herrschaft nicht bloß polnische Ortsnamen zur alleinigen Geltung gebracht, sondern hier und da sogar deutsche Familien genöthigt haben, ihre Namen zu polonisiren.

*) Wenn wir in dieser Angelegenheit Privatpersonen oder Gemeinden mit unserm Rathe dienen können, so sind wir dazu gern bereit.

Die Redaction.

Ueber Volksvertretung.

(Von Fechner.)

Zweiter Theil.

Da es in einem Staate von nicht ganz geringem Umfange unmöglich ist, daß jeder Bürger unmittelbar an den Beschlüssen über öffentliche Angelegenheiten Theil nehme, da es auch fürs allgemeine Wohl als nothwendig erscheint, daß vorzugsweise die Einsichtsvollen und die, welche im Stande sind, ihre Einsicht durchs Wort zu offenbaren, die Ordnung im Staate feststellen und die Gesetze beschließen, so ist man in den letzten Jahrhunderten auf den Gedanken gekommen, das Recht an der Gesetzgebung, welches Viele besitzen, immer für eine bestimmte Zeit an verhältnißmäßig Wenige zu übertragen, denen man das Vertrauen schenkt, daß sie von diesem Recht im Sinne ihrer Vollmachtgeber und zum Wohl des Ganzen Gebrauch machen werden. Das ist der Gedanke der Volksvertretung, oder, wie man zuweilen sagt, der *Volksrepräsentation*, auf ihr beruht das ganze freie Staatsleben der Neuzeit in der constitutionellen Monarchie so gut, wie in der Republik; nur in Frankreich hat man vor wenigen Wochen in einem einzelnen Falle, wo es sich aber nicht um ein Gesetz handelte, die Volksvertretung nicht für den vollgültigen Ausdruck des Volkswillens erachtet, man hat nämlich den Mann, der an die Spitze der Republik steht, den Präsidenten, von allen selbständigen Franzosen unmittelbar wählen lassen; das war wohl möglich in einem Falle, wo man bloß einen Namen auf einen Zettel zu schreiben hatte, ob aber dies Verfahren zum Heil ausschlagen wird, ist noch sehr die Frage, wenigstens hat der Mann, welcher durch diese allgemeine Wahl so hoch gestellt worden, keineswegs so ausgezeichnete Talente und so hohe Tugenden, daß er darin etwa die meisten seiner Landsleute überragte. Was aber auch geschehen mag, so wird dieser Fall doch immer eine Ausnahme bilden im neuern Staatsleben und es bleibt bei dem Satze, daß für die Theilnahme des Volks an der Gesetzgebung noch keine andre Form ausfindig gemacht ist, als die Vertretung durch Männer des Vertrauens,

durch erwählte Abgeordnete. Man geht hierbei von der Ansicht aus, daß in jedem größern oder kleinern Kreise sich immer Männer finden werden, welche die Bedürfnisse des Volks kennen und zugleich die geistige Fähigkeit und den Willen besitzen, auf ihre Befriedigung im Wege der Gesetzgebung hinzuwirken. Diese Ansicht ist gewiß richtig, im Gegentheil müßten wir ja wieder die politische Reife des Volkes bezweifeln; eine andere Frage aber ist die, ob wirklich immer jene echten Männer des Vertrauens, die in Wahrheit das Volk vertreten, durch die Wahlen ermittelt werden. Hier nun ist durch die jüngste Erfahrung mit Nein geantwortet worden; die aufgelöste Nationalversammlung hat nur einen sehr kleinen Theil der Nation oder gar nur sich selbst vertreten. Wie ist das möglich gewesen? Der Ursachen giebt es mehrere, die hauptsächlichste finden wir in den verfehlten Wahlen, indem man sich dabei entweder von unwesentlichen Umständen, von mehr blendenden als nothwendigen Eigenschaften, oder gar von Ränken bestimmen ließ. Wir mußten deshalb in den Tagen des November eine neue Revolution von Oben her durchmachen, die eben so nothwendig zur Rettung des Vaterlandes war, als die frühere von Unten. Wir haben also den Beweis dafür, daß die erwählte Volksvertretung keineswegs immer Ausdruck des Volkswillens ist, daß dadurch neue Revolutionen erzeugt werden, wie dies z. B. auch in Frankreich in den Februartagen der Fall war. Solche Erfahrungen kann man aber selbst dann machen, wenn die Wähler keine solche Fehler, wie die oben angedeuteten, begehen: man ist nicht im Stande, einen Menschen in jeder Hinsicht zu durchschauen, die Leute ändern auch im Laufe der Zeit ihre Ansicht, es liegt endlich vielleicht am Wahlgesetz, das keine vollständige Vertretung des Volkes zuläßt. Wir wollen über das Letzte zuerst etwas sagen. Ein Wahlgesetz ist gut, wenn es die Zuversicht erweckt, daß durch seine Ausführung eine Volksvertretung entstehen wird, in der jede wesentliche Richtung des Volkslebens repräsentirt ist. Die Grundbedingung, so zu sagen das Fundament alles Lebens ist der Besitz, beweglicher, wie unbeweglicher; auf dieser Grundlage entwickelt sich das Leben einer Nation durch die Arbeit geistige wie leibliche; also werden wir das Wahlgesetz gut nennen, das für die Vertretung des Besitzes, wie der Arbeit jeder Art hinlängliche Bürgschaft bietet. So freisinnig nun auch unser Wahlgesetz für die 2. Kammer ist, indem es Jedem, der die Pflicht hat, das Vaterland mit seiner Kraft und seinem Leben zu vertheidigen, auch das Recht der Wahl giebt, so scheint es uns doch zugleich mit Rücksicht auf das Wahlgesetz für die erste Kammer nicht zweckmäßig. Ueber diesen Gegenstand läßt sich indeß so viel sagen, daß wir das Weitere für einen andern Aufsatz vorbehalten müssen, hier wollen wir fernerhin nur von dem reden, was die Wähler und jeder einzelne Abgeordnete unmittelbar, zur Herstellung einer tüchtigen Volksvertretung thun können. — Gegen Abweichungen von der Ueberzeugung der Wähler scheint ein sehr zweckmäßiges Mittel zu sein, daß man den erwählten Vertreter bestimmt anweist, wie er sich in allen Hauptfragen zu verhalten hat, daß man ihm, wie es gewöhnlich heißt, eine Instruktion ertheilt. Aber, wenn nun alle Abgeordnete von ihren Wählern Instruktionen erhielten, wie wäre da eine Einigung in der Versammlung der Volksvertreter möglich, wie sollte der Abgeordnete die Ansicht, welche er zu vertreten hat, ändern, wie sehr er auch das Irrthümliche, Falsche in ihr erkannt hätte? Zu dem Zwecke kommen ja grade die Abgeordneten zusammen, daß durch gegenseitige ununterbrochene Mittheilung und Belehrung endlich die lautere Wahrheit ans Licht gefördert, daß aus den einzelnen Ansichten eine allgemeine, das ganze Land umfassende Ueberzeugung werde. Dies wäre aber ganz unmöglich, wenn der Abgeordnete durch eine Instruktion seiner Wähler gebunden wäre. Daher heißt es auch mit Recht im Art. 82 unsrer Verfass. „die Mitglieder beider Kammern stimmen nach ihrer freien Ueberzeugung." — Aber wenn auf diese Weise die Abgeordneten von aller äußerlichen d. h. durch ein Gesetz bestimmter Verantwortlichkeit gegen ihre Wähler befreit sind, so müssen sie diesen und ihrem wahren Wohl um so mehr in ihrem Gewissen verantwortlich sein und bleiben und daß dies geschehen, dafür kann uns nichts Andres eine Bürgschaft geben, als die sittlichen (moralischen) Eigenschaften des Erwählten. Wir haben also nur solchen Männern das Amt eines Vertreters anzuvertrauen, deren ganzes Handeln und Leben von Liebe für Wahrheit und Recht zeugt, die auch unerschütterlich an ihren edlen Grundsätzen festhalten, d. h. Charakterfestigkeit besitzen. Wenn hierzu noch eine rechte Vaterlandsliebe (Patriotismus) und Eifer fürs Gemeinwohl kommt, so können wir überzeugt sein, daß unsre Vertreter in ihrer politischen Wirksamkeit sich nie von Rücksichten auf sich selbst, namentlich von Ehren oder gar Gewinn werden bestimmen lassen; nicht eitle Rechthaberei, nicht der Ruhm wohlgesetzter und schön gesprochener Reden, nicht die Aussicht auf irgend welche zu erlangende Vortheile, sondern das Wohl des Vaterlandes wird das höchste Ziel ihres Strebens sein. In diesen sittlichen Eigenschaften ist dem Manne, dem die Wähler ihr Vertrauen schenken, durchaus nichts zu erlassen; sie sind die Grundbedingung einer segensreichen Wirksamkeit, sie zu verlangen, sind die Wähler sich und dem gesammten Vaterlande schuldig. Nächst den sittlichen Grundsätzen aber sind die politischen eine Hauptbedingung des Vertrauens zwischen Wählern und Abgeordneten, denn wie wäre es z. B. möglich, daß Leute, die ein constitutionelles Königthum wollen, einem sogenannten Demokraten die Sorge für ihr öffentliches Wohl übertragen. Die Constitutionellen sehen sich nicht bloß in den Abgeordneten, sondern auch im Könige vertreten, sie wissen, daß der König in seiner erhabnen Stellung die Ansprüche der verschiedenen Parteien ausgleichen und das, was Allen frommt, im Nothfalle selbst gegen den Willen der

Volksvertretung geltend machen soll, daß er also nicht bloß ein willenloses Werkzeug in den Händen der Abgeordneten und bloß zur Ausführung der Beschlüsse der Volksvertretung da sein darf, was ja eben die falschen Demokraten wollen. — Eben so wenig aber möchten wir wohl einem Manne unser Vertrauen schenken, der darauf ausginge, die Freiheiten des Volkes zu beeinträchtigen (Reactionär), es ist also durchaus nothwendig, daß die Wähler genaue Kenntniß von der politischen Ueberzeugung der Personen haben, welche ihnen zur Wahl vorgeschlagen werden, es muß also jeder Wahlcandidat veranlaßt werden, daß er seine politische Ueberzeugung und seine Grundsätze in dieser Hinsicht öffentlich ausspreche, daß er, wie man zu sagen pflegt, sein politisches Glaubensbekenntniß ablege. Es kann nun zwar geschehen, daß der Abgeordnete im Laufe der Zeit seine politische Ueberzeugung ändert, hat er aber dabei die oben angedeuteten sittlichen Eigenschaften, so wird er bedenken, daß mit dieser Aenderung eine Hauptbedingung des Vertrauens zwischen ihm und seinen Vollmachtgebern aufgehoben ist, er wird daher sein Amt als Abgeordneter niederlegen und es nur, wenn er aufs Neue gewählt wird, wieder annehmen; es ist sehr zu wünschen, daß über diesen Punkt in dem politischen Glaubensbekenntniß eine ausdrückliche Erklärung erfolge. Aber selbst abgesehen von dem Wechsel der politischen Grundsätze ist es durchaus erforderlich, daß der Abgeordnete in fortwährendem Verkehr mit dem öffentlichen Leben nicht nur des Wahlkreises, sondern des ganzen Staates, ja der ganzen gebildeten Welt bleibe; wenn er sich davon loslöste, so wäre er nichts weiter, als dieser einzelne, zufällige Mensch, er wäre nicht mehr ein lebendiger Ausdruck des Volkswillens, folglich zum Vertreter untauglich. Darum muß die Volksvertretung in der Hauptstadt des Staats zusammenkommen, weil hier die größten Mittel für den geistigen Verkehr durch die Menschenmenge, die vielen Veranstaltungen für Bildung, durch die ab- und zuströmenden Fremden und die Menge von Zeitungen und Zeitschriften andrer Art, so wie endlich dadurch gegeben sind, daß hier die höchsten Behörden des Staats ihren Sitz haben; so erhält der Abgeordnete fortwährend Kunde von den Wünschen und Bedürfnissen des Volks und giebt auch wiederum durch die Berichte der Zeitungen dem ganzen Lande Rechenschaft von seinem Wirken. Dies ist der Grund, weshalb wir oben die Behauptung aufstellten, ohne freie Presse gebe es keine rechte Volksvertretung, also auch keine wahre Freiheit; ohne diese Einrichtung würden in der That unsere Kammern gar bald nur sich selbst, nicht das Volk vertreten, folglich auf dieses einen unerträglichen Druck ausüben.

Hier zeigt sich auch wiederum die Wichtigkeit der freien politischen Vereine, indem nur durch sie ein fortwährender Verkehr des Abgeordneten mit seinem speciellen Wahlkreise möglich ist, und dieser Verkehr wird natürlich um so ersprießlicher sein, je mehr Theilnahme solche Vereine finden; eine neue dringende Aufforderung zur Bildung solcher Vereine!

Zum Schluß haben wir noch einige Worte über Wahlmänner und unser Verhältniß den Polen gegenüber hinzuzufügen. Es werden bekanntlich nach dem Wahlgesetz die Abgeordneten nicht unmittelbar von der ganzen Nation erwählt, sondern durch sogenannte Wahlmänner. Wenn wir nun von diesen auch nicht gerade die Gabe der Rede und eine hohe Bildung durch Studium oder Erfahrung als unentbehrliche Eigenschaften zu fordern brauchen, so sind doch auch bei ihnen Adel der Gesinnung, echter Patriotismus und gemäßigte politische Grundsätze unerläßliche Bedingung für eine Abgeordnetenwahl, die den Wünschen und Bedürfnissen des Landes entspricht. Wir deutsche Bewohner der Provinz Posen insbesondere haben noch die Verpflichtung, bei Wahlmännern und Abgeordneten auf Liebe und Eifer für's Deutschthum streng zu halten, wir dürfen nur solchen Männern unser Vertrauen schenken, von denen wir überzeugt sind, daß sie das Wohl der Deutschen dieser Gegenden unter allen Umständen schützen und fördern, sich namentlich nicht verleiten lassen werden, aus politischen Gründen, etwa zur Herstellung einer sogenannten reinen Volksherrschaft (Demokratie) sich nach der Seite der Polen hinzuneigen; die Liebe zur deutschen Nation muß unsern Vertrauensmännern höher stehen, als jede Staatsform, sonst sind wir nie sicher vor Beeinträchtigung unserer wichtigsten und heiligsten Angelegenheiten! Auch in dieser Hinsicht haben wir eine bestimmte Erklärung von unsern Abgeordneten vor der Wahl zu fordern.

Möchten doch die vorstehenden Zeilen irgend welchen Segen stiften für uns und unser gesammtes Vaterland, möchten doch aus ihnen Urwähler und Wahlmänner eine Anregung für sich gewinnen, bei der wichtigen Aufgabe, die sie in den nächsten Tagen zu lösen haben werden, recht gewissenhaft zu Werke zu gehen, mögen sie namentlich in zahlreich besuchten Versammlungen sich nach dem Rathe patriotischer Männer auf die Wahl selbst vorbereiten.

Ueber den Anschluß der deutschen Kreise des Regierungs-Bezirks Bromberg an Westpreußen.

Neulich war in dem deutschen Bürgerverein zu Bromberg davon die Rede, wie wir am besten mit den Polen auseinanderkommen und den Zweck, welchen wir seit dem Frühjahre verfolgen, am vollständigsten erreichen.

Der Herr Director Gesler, Deputirter des Schubiner Wahlbezirks, war eben aus Berlin zurückgekehrt, wo er nach Auflösung der Nationalversammlung noch zurückgeblieben war, um für die deutsche Sache zu wirken. Bei seiner Durchreise durch Bromberg besuchte er am 4. d. M. die Versammlung des deutschen Bürger-Vereins und erbat sich von dem Sprecher das Wort, um die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf die

polnische Frage, eine für uns so wichtige Angelegenheit zu lenken.

Als das geeignetste Mittel, künftigen Wirren vorzubeugen und die Kräftigung des deutschen Lebens im Netzgau dauernd zu sichern, hatte er dem Staatsministerium in Berlin vorgeschlagen, die schon früher mehrfach angeregte und verlangte Auflösung des Großherzogthums Posen auszuführen und mit Zuziehung der Kreise Deutsch-Krone und Flatow, alles Land, was diesseits der Demarkationslinie fällt, als einen besondern Regierungs-Bezirk Bromberg mit Westpreußen zu vereinigen. Auf die schleunige Ausführung dieser Maßregel wurde um so mehr gedrungen, weil es rathsam und wünschenswerth schien, daß die neue Einrichtung bei der Eröffnung der Kammern bereits als eine vollendete Thatsache dastünde, damit unser Schicksal nicht wieder von den Schwankungen der Parteiansichten in der Versammlung abhängig wäre. Man fürchtet in der zweiten Kammer eine ähnliche Richtung, wie sie in der Nationalversammlung zum Nachtheil des gesammten Landes herrschte, und wenn diese Befürchtung gegründet ist, dann haben wir zu erwarten, daß auch ähnliche Beschlüsse, wie damals in Folge des Philippschen Amendements gefaßt werden. Gestaltet sich die Linke so, wie in der Nationalversammlung, so kann man ein Bündniß derselben mit den Polen sicher gewärtigen und aus diesem Bündniß wird für uns nichts Gutes hervorgehen. Die Polen werden als Demokraten auftreten, als Vertheidiger der Volksfreiheit und der Volksrechte, bloß in der Absicht, um sich die Zustimmung und Unterstützung einer Partei zu erwerben, wenn sie mit ihren, den deutschen Bewohnern des Netzdistricts feindlichen Plänen zum Vorschein kommen.

Diese Erwägungen veranlaßten den Director Gesler und seine politischen Freunde Alles aufzubieten, um das Ministerium für die Zertheilung des Großherzogthums günstig zu stimmen und es wäre an dem erwünschten Erfolge nicht zu zweifeln gewesen, wenn nicht von der Stadt Posen aus die entgegengesetzten Anträge gestellt und die Erhaltung der Provinz in ihrem bisherigen Umfange dringend verlangt worden wäre. Die Verwaltungs-Behörden waren es besonders, welche das Fortbestehen der alten Einrichtung als nützlich und zweckmäßig empfahlen.

Unter diesen Umständen dürfen die Bewohner des Netzdistrikts keine Zeit verlieren, um durch wiederholte Anträge mit Entschiedenheit und Nachdruck das Verlangen auszusprechen,

> daß noch vor der Einberufung der nächsten Kammern unsere Verhältnisse auf administrativem Wege durch die Bildung eines neuen Regierungsbezirks in der oben angedeuteten Ausdehnung und durch die Vereinigung desselben mit Westpreußen, endlich geregelt werden.

Wenn dieser Antrag zur Ausführung kommt, so wird die bereits festgestellte Demarcationslinie zur Wahrheit werden. Das Ministerium hegte immer noch einige Besorgniß, durch die Zertheilung des Großherzogthums vielleicht wichtige Interessen in der Provinz selbst zu verletzen. Und man wollte jetzt um so lieber einen Anstoß vermeiden, damit nicht Unzufriedenheit entstehe, die auf die Wahlen einen der Regierung nachtheiligen Einfluß ausüben könnte.

Allein diese Besorgniß ist unbegründet. Wir können am besten beurtheilen, welche großen Vortheile uns durch die Vereinigung mit Westpreußen erwachsen und daß wir sehr gern alle administrative Verbindung mit dem Regierungsbezirk Posen aufgeben.

Was die polnischen Wahlen bei uns anbelangt, so wissen wir ebenfalls nur zu gut, wie dieselben unter allen Umständen ausfallen werden. Die Polen wählen ihre Demokraten. Diese polnischen sogenannten Demokraten können und wollen nichts Anderes als den Umsturz alles Bestehenden herbeiführen.

Die Deutschen in dieser Provinz werden wohl die Einsicht haben, daß sie nur solche Männer wählen, von deren Redlichkeit, Einsicht und Vaterlandsliebe sie überzeugt sind.

Zahlreiche Petitionen, mit Tausenden von Unterschriften versehen, müssen daher die noch schwankende Stimmung des Ministeriums zu unseren Gunsten bestimmen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Deutschen in dieser Beziehung nicht wieder ihre gewöhnliche sorglose Gleichgültigkeit zeigen möchten und lieber jetzt handeln, da die vorgeschlagene Maßregel keinen erheblichen Aufwand an Zeit, Geld oder Mühe kostet, als später, wenn zur Abwendung nachtheiliger Beschlüsse vielleicht schwere Anstrengungen und Opfer erforderlich sind.

Die Vereinigung mit Westpreußen ist auch aus dem Grunde sehr zu empfehlen, weil wir dadurch das Vertrauen auswärtiger Geldbesitzer und Geschäftsleute in höherem Grade gewinnen, denn je mehr unsere politischen Verhältnisse befestigt sind, desto bessern Credit haben wir. Diese Erfahrung hat wohl jeder Gewerbtreibende, ja jeder, der Haus und Hof besitzt, in dem verflossenen Jahre gemacht. Das Mißtrauen, welches durch den Aufstand der Polen angeregt wurde, ging ja so weit, daß selbst die Versicherungsanstalten des Auslandes keine Versicherung aus unserer Gegend mehr annahmen. Alle Fabrikanten und Kaufleute lieferten den hiesigen Geschäftsleuten ihre Artikel nur gegen baare Zahlung. Darlehen auswärtiger Kapitalisten wurden gekündigt und alle diese Umstände mußten irgend wie auf jeden Einzelnen nachtheilig wirken. In dem Geldpunkte herrscht die größte Empfindlichkeit. Wir sehn, wie bei der geringsten Störung der öffentlichen Ruhe, ja bei bloßen Besorgnissen einer solchen Störung der Werth der Staatspapiere, die Geldgeschäfte, die kaufmännischen Speculationen, die Preise der Landgüter und der Waaren gleich verändert werden. Solchen Schwankungen sind wir mehr oder weniger immer unterworfen, so lange wir mit dem Regierungsbezirk Posen vereinigt bleiben. Denn die Polen werden nicht Ruhe und Frieden halten und

warum sollen wir ihr unruhiges Treiben mit unserm Gelde bezahlen?

Sobald wir zu Westpreußen gehören, wird das öffentliche Vertrauen hinlänglich befestigt und wir haben auch noch den Vortheil, daß die Ansprüche der Polen auf das Netzgebiet, mehr und mehr in Vergessenheit kommen.

Für Westpreußen aber wird der Zuwachs ebenfalls sehr erwünscht sein. Abgesehen von der bessern Abrundung der Regierungsbezirke muß die Vereinigung des überwiegend deutschen Netzdistricts mit jener Provinz, die ja ebenfalls manche polnische Bestandtheile hat, dazu beitragen, dem deutschen Leben daselbst eine größere Kraft zu verleihen.

Wie man auch die Sache betrachtet, es hält schwer, einen Grund aufzufinden, warum die beabsichtigte Vereinigung nicht erfolgen sollte. Es gehört das volle Maaß deutscher Schwerfälligkeit und Pedanterie dazu, um in diesem Punkte mit zäher Beharrlichkeit an den bisherigen Einrichtungen fest zu halten. Man sieht den Vortheil vor Augen und doch kann man sich nicht entschließen, eine Aenderung vorzunehmen.

Fast möchten wir bedauern, daß der Vorschlag, welcher in den bewegtesten Tagen des verflossenen Jahres von dem Bürgermeister Kaulfuß in der Volksversammlung zu Bromberg gemacht wurde, die hiesige Regierung solle sich von jeder Verbindung mit dem Posener Departement lossagen, nicht mit größerer Energie ergriffen wurde. Damals war die Zeit der vollendeten Thatsachen, damals konnten wir mit einem kühnen Schritte, der durch die augenblicklichen Verhältnisse wohl gerechtfertigt war, alle Hindernisse übersteigen. Indessen, der günstige Augenblick ging verloren und wir müssen jetzt auf mühsamen Wege zum Ziele streben.

Schluß folgt.

Politische Ereignisse.

Deutschland.

Vorwort.

Wenn wir in unseren politischen Mittheilungen Deutschland eine Rubrik widmen, so gehen wir dabei von der Ansicht aus, daß Deutschland trotz seiner Zerstücklung in einige dreißig Staaten doch ein lebendiges Ganzes ist. Freilich war diese Einheit Deutschlands bisher nur in mancher Beziehung vorhanden, während dieselbe in anderer Beziehung aufs Schmerzlichste vermißt wurde. Wir Deutsche waren und sind eins in Sprache, in Sitte, in historischen Erinnerungen, in den vortrefflichen Denkmälern unserer Litteratur; aber wir waren bis noch vor Kurzem aufs Schmerzlichste getrennt und sind es zum großen Theil noch gerade in politischer Beziehung. Von dem dreißigjährigen Kriege her schreibt sich der politische Zwiespalt unseres edlen Vaterlandes und mit dieser Zerrissenheit hing die Schwäche Deutschlands und die Verachtung, mit welcher es vom Auslande behandelt wurde, zusammen. Deutschland, welches das ganze Mittelalter hindurch die Leitung der Weltgeschichte in seiner Hand hatte und welches wegen seiner Lage, Größe, Volkszahl, Bildung, Kraft und Gesittung das Herz Europas sein sollte, dieses große schöne Deutschland ist fast zweihundert Jahre eine Beute des hinterlistigen Auslands gewesen, eine Beute von Frankreich, von England und von Rußland und zwar deshalb, weil es in sich uneins war. Blos ein deutscher Stamm rettete mehrmals die Ehre des deutschen Namens gegen das Ausland und dieser edle Stamm war der Stamm der Preußen unter ihren großen Fürsten. Der große Churfürst Friedrich Wilhelm schlug die Schweden aus Deutschland heraus, die bis dahin von ganz Europa gefürchtet worden waren. Sein noch größerer Urenkel, Friedrich II. oder der Große, der von 1740 — 1786 König von Preußen war, nahm es mit fast ganz Europa auf und erwarb sich die Bewunderung der Deutschen und die Anerkennung der Deutschen beim Auslande. Als endlich in dem gegenwärtigen Jahrhundert ganz Deutschland von der mächtigen Hand Napoleons tyrannisirt wurde, da war es wieder Preußen, welches sich an die Spitze der Deutschen stellte und durch eine glorreiche Tapferkeit die Befreiung Deutschlands vollbrachte. Seit dieser großen That der Freiheitskriege von 1813—1815 fühlten die Deutschen wieder lebendiger ihre Einheit und schon damals tauchte in den edelsten Geistern die Idee auf, Deutschland nach jahrhundert langer Sehnsucht politisch zu einigen und dem großen Lande wieder einen Kaiser vorzusetzen, aber nicht einen solchen Schattenkaiser, wie die habsburger Kaiser gewesen waren, sondern einen lebendigen, mächtigen Kaiser, in welchem sich die Macht Deutschlands wahrhaft vereinigte. Schon damals hätte Niemand anders deutscher Kaiser sein können, als der König von Preußen, denn Preußen war es seit fast zweihundert Jahren allein gewesen, welches Deutschland eine Entwickelung gegeben hatte. Aber die Eifersucht mehrerer andern deutschen Dynastieen, vornehmlich die Eifersucht Baierns und Oestreichs ließ es nicht dahin kommen. Das sehnsüchtige Streben nach einer lebendigen Einheit des Vaterlandes führte blos zum deutschen Bundestage in Frankfurt, einer Institution, die mit Recht den Fluch aller Deutschen auf sich gezogen hat. Dieser Bundestag that für die Größe, Freiheit, Selbständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands nichts, sondern er bildete blos eine geheime und offene Polizei, um alle noch so gut gemeinten Bestrebungen eines freien und patriotischen Geistes zu unterdrücken. Die fluchwürdige, freiheitsmörderische, Metternichsche Politik beherrschte den Bundestag und durch ihn Deutschland und so wurde durch ihn das freie Wort geknechtet, der freie Volkswille in Fesseln geschlagen, manches eigenmächtige Fürstengelüste dagegen in Schutz genommen und die offenbarste Verletzung des Volksrechts, wie z. B. die Aufhebung der Konstitution in Hannover durch den König Ernst August 1837, gut geheißen. Die Sprache hat keine Worte, die hart genug wären,

um das freiheitsfeindliche und gehässige Thun dieses Bundestages recht zu bezeichnen. So kam das verhängnißvolle Jahr 1848 heran und die revolutionären Bewegungen Deutschlands, im März, April und Mai, richteten sich vor Allem auch gegen den Bundestag. Am 18. Mai wurde die deutsche constituirende Versammlung zu Frankfurt a. Main eröffnet, zu welcher alle deutschen Stämme ihre Vertreter schickten, um Deutschland eine Verfassung zu geben und den schwachen Staatenbund in einen kräftigen Bundesstaat zu verwandeln. Die Versammlung, die aus den trefflichsten Männern zusammen gesetzt ist, hob den Alp Deutschlands, den Bundestag auf, wählte den Erzherzog Johann zum provisorischen Reichsverweser und berieth und beschloß sodann besonders die Grundrechte des deutschen Volks. Mit dieser Versammlung schien für Deutschland ein neuer schöner Tag anzubrechen; von nun an schien an der Schöpfung eines neuen, freien, einheitlichen und kraftvollen Deutschlands nicht mehr zu zweifeln und obschon im Verlauf der Zeit die schönen Hoffnungen sehr herabgestimmt worden sind, so liegt doch immer noch in dieser Versammlung die letzte Hoffnung für Deutschland in gegenwärtiger Zeit. Zwar an der Gründung und Entwicklung der deutschen Einheit wird kein Kundiger zweifeln, früher oder später tritt sie hervor und je später, um so mächtiger. Aber ob Deutschland jetzt, ob wenigstens noch in diesem Jahr, nach jahrhunderte langer Trennung zu einem lebendigen Organismus sich gestalten wird, das ist die Frage. Gerade in diesen Wochen wird die wichtigste Frage für die deutsche Einheit entschieden, auf welche Weise nämlich die Centralgewalt einzurichten sei und wer an die Spitze des deutschen Reichs treten soll. Wir werden daher auch unsere nächsten Mittheilungen über die politischen Ereignisse Deutschlands vornehmlich an die Frage über die zu schaffende Centralgewalt anschließen. Es handelt sich aber darum, ob der König von Preußen die Gewalt Deutschlands erhält, oder ob sie auch jetzt noch eine bloße Hoffnung bleiben soll.

Sendschreiben an die Preuß. Wähler.

Von einem Bayern.

Ihr seid schon gewitzigt, also kann mans mit Euch kurz machen. Wenn Eure National-Versammlung für das theure Geld nur 3 unbrauchbare Paragraphen geliefert, so hat sie Euch doch dafür mit mindestens 300 unbrauchbaren Leuten bekannt gemacht, und Ihr wißt nun schon, wen man nicht wählen soll. Und das ist auch etwas werth.

Diesmal seid Ihr gescheidter gewesen, als Eure Vertreter, und das war nöthig und gut, aber die verkehrte Welt bleibts doch, und wenn ein Volk einmal nicht mehr weiß, wer seine Gescheidten und Dummen sind, dann siehts nicht gut aus.

Wählt also Andere, die mehr Paragraphen und weniger dumme Streiche machen, rechte ächte deutsche Männer keine Lumpensammler, die aus dem Kehricht fremder Nationen wieder heraussuchen, was diese lange auf die Gasse geworfen.

Ihr vom Rhein! Schaut Eure Nachbarn an! Wie die Republik Frankreich einen tapfern Mann nicht wählt, weil er sie gerettet hat, und weil man fürchtet, er könne dies Stück bei einer andern Gelegenheit noch einmal machen. — Fällt Euch Nichts dabei ein?

Ihr Westphalen! Laßt Euch nicht nachsagen, daß Eure Schinken besser sind, als Eure Deputirten!

Ihr Schlesier! Führt Euch nicht so auf, daß der alte Fritz, wenn er das vorausgesehn, Euch lieber weggeschenkt, als erobert hätte. Seid Ihr etwa vom Krawalle satt geworden?

Ihr Märker! Laßt Euch nicht fremden Sand in die Augen streuen, Ihr habt ja selbst genug!

Ihr Berliner! Merkt Euch, wie der Banus Jellachich die Wiener Adreß-Deputation entließ, die sich für seine Hilfe gegen die Anarchie bedankte: „Meine Herren! Sie hätten mich und die Adresse nicht gebraucht, sondern nur Courage; Courage aber haben Sie nicht!“ Wenn Euch der alte Wrangel nicht das Nämliche gesagt hat, so ist er eben höflicher als der Croat; aber gedacht — gedacht hat er sich's ganz gewiß.

Ihr Sachsen, seid sonst so feine verständige Leute! Laßt's einmal sehen.

Ihr Altpreußen prätendirt, daß Ihr so kluge Burschen seid! Da müßt Ihr aber die Wasserpolaken*) zu Hause lassen, die den Portier**) für den Präsidenten ansehen, und den Krautschneider nicht mehr schicken — sonst glaubt's Euch kein vernünftiger Mensch.

Ihr Posener habt so treulich zu Deutschland gehalten, schickt jetzt keine untreuen Männer!

Ihr aber, meine Pommerschen Jungens! Ihr, des Feldmarschalls Leibsöhne! der Stolz und Trost seiner Schlachten! Euch will ich's sagen, wie Ihr's recht macht: Wenn Ihr einen wählen wollt, so fragt Euch auf's Gewissen: Wäre der unserm alten Blücher auch wohl recht gewesen? Dann wählt Ihr keinen schlechten Mann!

Posen, 2. Januar. Wie wir aus guter Quelle berichten können, werden sich die früher ausgesprochenen Befürchtungen, als werde die Provinz Posen als solche ganz aufhören und zum Theil zu Schlesien, Brandenburg oder Preußen geschlagen werden, nicht verwirklichen; vielmehr wird die Provinz Posen nach wie vor bestehen und ihren Regierungssitz in der Stadt Posen haben; dagegen werden statt der jetzigen zwei Regierungsbezirke drei mit Präsidenten an der Spitze gebildet werden, indem zu den deutschen Regierungsbezirken Posen und Bromberg der aus der Umgrenzung der Demarcationslinie gebildete polnische Regie-

---

*) Wenn der Verfasser die Masuren meint, das sind brave Leute, gute Preußen, aber es mögen nicht Viele darunter zu Abgeordneten passen.

** d. h. Thürsteher.

rungsbezirk Gnesen (Regierungssitz in Gnesen) mit einem polnischen Regierungspräsidenten hinzukommt.

Was der obige Bericht Befürchtungen nennt, dürfte Manchen als Hoffnungen gelten. Jedenfalls wird binnen kurzer Zeit diese wichtige Angelegenheit entschieden werden. Die Wünsche des Netzdistricts sind bekannt.

Oesterreich. Das österreichische Ministerium hat dem Reichstage zu Kremsier die Voranmeldung seines künftigen Verhaltens oder sein Programm folgendermaßen gegeben (den 27. November):

1. Alle österreichischen Länder sollen in staatlicher Einheit verbunden bleiben.
2. Die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland können erst dann staatlich geordnet werden, wenn beide Staatenverbände zu neuen und festen Formen gelangt sind, d. h. ihre innere Gestaltung vollendet haben werden.

Diese Ansicht von dem Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland hat den Beifall des Reichstages und des größten Theils der Deutsch-Oesterreicher gefunden.

Aus diesem Programm war also kein anderer Schluß zu ziehen, als daß Oesterreich in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten wolle, und daß nur ein anderweitiges Bündniß zwischen Oesterreich und dem deutschen Bundesstaat durch Unterhandlungen gestiftet werden könne. In diesem Sinne erklärt sich auch darüber der Herr v. Gagern den 18. Decbr., bei seinem Antritt des Reichsministeriums, gegen die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. und forderte von dieser die Genehmigung, solchen Umständen gemäß zu verfahren.

Während nun aber die sehr aufgereizte Nationalversammlung, in welcher nicht bloß viele Oesterreicher, sondern auch sonst viele Anhänger Oesterreichs sitzen, noch in Zweifel ist, ob sie zu Gagern's Antrage Ja oder Nein sagen soll, — kommt eine neue Erklärung des österreichischen Ministeriums an. Dasselbe verwundert sich und bedauert sehr, daß man sein Programm so mißverstanden habe; Oesterreich sei und bleibe ein deutscher Bundesstaat und wolle seine durch die älteste Geschichte geheiligten Rechte an Deutschland nicht aufgeben; es hoffe, daß das deutsche Verfassungswerk mit Hülfe seiner Abgeordneten gedeihlich fortberathen und auf dem Wege der Vereinbarung mit den Regierungen zu Stande gebracht werde.

Was nun? Ein Indianer würde sagen, daß Österreich mit zwei Zungen redet.

In Folge dieser Erklärungen hat das Ministerium Gagern am 5. d. M. seinen Antrag an die Nationalversammlung wiederholt, daß es ermächtig werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Regierung des österreichischen Kaiserreiches in Verhandlung zu treten.

Zugleich spricht es offen die Hoffnung aus, daß alle Bemühungen, die Entstehung eines starken deutschen Bundesstaates zu hindern, zu Schanden werden würden.

Ungarn. Jellacic hat die Magyaren bei Moor geschlagen und rückt nach Stuhlweißenburg vor. Sowohl die Magyaren als auch die Kroaten und Serben lassen sich empörende Gräuelthaten zu Schulden kommen. Hunderte von Gefangenen werden niedergemetzelt.

Der Fürst Windisch-Grätz ist am 5. in Ofen und Pest ohne Schwertstreich eingezogen. In Siebenbürgen führt der ehemalige polnische General Bem ein kleines magyarisches Heer an.

Italien. Unruhe und Lärmen ist genug im ganzen Lande, aber Thaten von Bedeutung geschehen nicht. — Der Pabst befindet sich noch immer in Gaëta. Gr.

Regentenwechsel in Europa.

Das Jahr 1848 hat große Veränderungen in den Fürstenhäusern hervorgebracht.

Die Könige Ludwig Philipp von Frankreich und Ludwig von Baiern verzichteten auf die Krone, ebenso legten die Krone nieder: der Fürst von Hohenzollern-Siegmaringen, der Fürst von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf, der Herzog von Sachsen-Altenburg. Die letzte und wichtigste Entsagnng ist die des Kaisers von Oesterreich. Gestorben sind: der König von Dänemark (Christian VIII.), der Großherzog von Hessen-Darmstadt und der Landgraf von Hessen-Homburg. — Die Zahl der Regenten in Deutschland beträgt jetzt 33, in Europa überhaupt 47. Gr.

Vermischte Nachrichten.

Zur Vervollständigung der in der vorigen Nro. enthaltenen Mittheilung über die Demarkationslinie bringen wir folgendes Schreiben, welches der Commissarius der deutschen Reichsgewalt, General von Schäffer-Bernstein an den Central-Ausschuß in Bromberg von Berlin aus gerichtet hat, zur öffentlichen Kenntniß:

„Mit Beziehung auf die von Ihnen empfohlenen Reklamationen der Orte Gole, Golki, Springberg rc. sowie der Stadt Wilatowo und der Güter Zabno, Gozda, Marcinkowo, gereicht es dem Unterzeichneten zum Vergnügen, Ihnen mittheilen zu können, daß dieselben wohl sämmtlich Berücksichtigung finden dürften.

Zugleich ergreift derselbe mit Freude die Gelegenheit, den hochachtbaren Mitgliedern des Central-Bürger-Ausschusses seine vollste Anerkennung auch hierin auszusprechen.

Berlin, den 17. Dezember 1848.

Frhr. Schäffer-Bernstein."

Wir bitten um Einsendungen von Nachrichten aus allen Orten des Netzdistricts. Die Kreisausschüsse werden ersucht, die Bestellungen des Volksblattes verabredetermaßen bei uns recht bald zu machen.

Verantwortlicher Redacteur A. Adler.

Druck der Grünauer'schen Buchdruckerei in Bromberg.